

Nebroner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Beigebefolgen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen lösen: die 33 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametext 20 Pf. Anzeigenannahme an Brudertagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bantverein Atern.

Nr 12

Donnerstag, den 28. Januar 1932.

45. Jahrgang

Deutschland hat abgerufen!

Ein Interview Groeners in der „Volonté“.

Paris, 26. Januar

Reichsminister Groener gewährte dem Berliner Vertreter der „Volonté“ eine Unterredung über die Frage der Abrüstung und über die deutsche Innenpolitik. Groener betonte erneut, daß Deutschland die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages erfüllt habe. Groener verwies sodann darauf, daß die nächsten Nachbarn Deutschlands in der Lage seien, sofort 10 Millionen Mann zu mobilisieren. Deutschland könne diesen 10 Millionen nur 100 000 Mann für das Gantzer und 15 000 Mann für die Marine im Kriegesfall entgegenstellen, da der jüngste Soldat des Weltkrieges bereits 30 Jahre alt sei und daher keine militärische Ausbildung mehr erhalten habe.

Marshall Jogh habe im Januar 1927 befähigt, daß die Abrüstung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist.

Zu den französischen Behauptungen über deutsche Geheimtätigkeiten in der französischen Abrüstungskommission ist ausdrücklich festgestellt, daß ein Vergleich zwischen den Heereshaushalten der Staaten unmöglich sei. Diese Teile treffen ganz besonders für Frankreich und Deutschland zu, da letzteres die Militärdienstpflicht, Deutschland aber ein Berufssoldatenheer habe. Man habe festgestellt, daß 214 000 französische Reservisten ebensolche kosten wie 5100 englische Reservisten, da letztere als Berufssoldaten eine bedeutend höhere Ausbildung erhalten. Das gleiche gelte für Deutschland. Der deutsche Heereshaushalt sei seit 1928 ständig herabgesetzt worden, während der französische sich seitdem dauernd erhöht habe.

Unter diesen Umständen könne wohl kaum ein vernünftiger Mensch noch von Geheimtätigkeiten sprechen. Die Berichte des Senators Ceard seien deshalb zum Mißverständnis verurteilt. Zu den Ausfahrungen General Bourgeois' unterließ Groener, daß es in Frankreich heute noch Offiziere und Unteroffiziere gebe, die als Reserveangehörige überhaupt Mannschaften und Offiziere habe.

Die deutsche Jugend werde im deutschen Geiste und in dem der Volkserziehung erzogen. Geendet, diese Erziehung zu verhindern, seien die Menschen, mit denen man in den letzten Jahren Deutschland daran gearbeitet habe, sich die freie und unabhängige Existenz zu sichern.

Der Stahlhelm und die Weite hilflos seien keine militärischen Verbände und verfügten über keinerlei Waffen. Heute sei noch nicht zu übersehen, ob die nationalsozialistischen Führer jemals in der Lage sein würden, allein die Führung der Regierung zu übernehmen. Die Staaten, die Deutschland als zweifelhafte Nation behandeln, trieben mehr denn je zum Nationalsozialismus in Deutschland.

Tagung des Völkerbundrates eröffnet.

Genf, 26. Januar

Die Tagung des Völkerbundrates wurde am Montag unter dem Vorsitz Paul Doucours mit einer geheimen Sitzung eröffnet. Sie begann mit einem Vorstoß des chinesischen Vertreters Gen, der verlangte, daß im Hinblick auf die Befestigung Schwanzis durch japanische Truppen der Völkerbundrat unersetzlich das Verfahren über den japanisch-chinesischen Streitfall von neuem eröffne. Der japanische Vertreter erklärte, noch nicht in der Lage zu sein, zu den einzelnen Punkten der chinesischen Vorrede Stellung nehmen zu können. Der Völkerbundrat beschloß — entgegen den bereits getroffenen Anordnungen — am Nachmittag eine Sitzung ausschließlich zur Behandlung des japanisch-chinesischen Konfliktes einzuberufen.

Der politische Außenminister Joffe beantragte sodann, die am Antrag der deutschen Regierung auf der Tagesordnung stehende Agrarbeschwerte der deutschen Minderheit in Polen auf die Befestigung des Rates zu verordnen. Der deutsche Vertreter von Weizsäcker widersetzte sich dem mit allem Nachdruck.

Es wurde beschlossen, daß der Berichterstatter für die Minderheitenfrage, der japanische Völkshofler Gato, mit den beteiligten Anordnungen persönlich Fühlung über die Beschwerte aufnehmen solle.

In einer streng geheimen Sitzung hat der Völkerbundsrat Joffe von dem Schreiben des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, an den amtierenden Ratspräsidenten Kenntnis genommen, in dem Drummond seinen Rücktritt zu Ende dieses Jahres erklärt. Das Schreiben ist Joffe gegenwärtig eingehender Beratungen des Völkerbundrates gewesen.

Eine Saar-Abordnung unter Führung des Kommerzienrates Köhler ist eingetroffen, um mit den Mitgliedern des Völkerbundrates über die auf der gegenwärtigen Tagung zu treffende Ernennung des Präsidenten und des Aufsichtsgliedes der Saarregierung zu verhandeln. Es wird erwartet, daß zum Präsidenten der Saarregierung ein Engländer ernannt wird.

Beginn der französischen Offensive.

Genf, 27. Januar

Schon in den ersten vertraulichen Verhandlungen zwischen den einzelnen Anordnungen über den Abrüstungsplan der Abrüstungskonferenz haben sich große Gegensätze politischen Charakters gezeigt. In französischen Kreisen will man den politischen Ausschluß der Konferenz oder einen Sonderausbruch bevorzugen, alle bisherigen Vorschläge zur Sicher-

heitsfrage zu prüfen und möglichst auf der Grundlage des geschlossenen Genfer Protokolls von 1924 ein neues allgemeines Sicherheitsprogramm auszuarbeiten. Demgegenüber nahme französischerseits als Voraussetzung jeder Herabsetzung der Rüstungen erklärt werden wird.

Die Hauptsprache der Konferenz soll nach französischen Plänen bis nach den deutschen und französischen Parlamentswahlen ausgedehnt werden.

Man rechnet für Ende März mit einer einmonatigen Unterredung der Konferenz. Nach der Rente lassen jedoch die Arbeiten der drei großen Ausschüsse für die Land-, See- und Luftleistungen beginnen. Diese französischen Pläne werden auf deutscher, englischer und italienischer Seite abgelehnt.

Drummonds Rücktrittsgesuch abgelehnt.

Der Völkerbundsrat hat in seiner vertraulichen Sitzung das Rücktrittsgesuch des Generalsekretärs Sir Eric Drummonds nicht angenommen.

Sämtliche Ratmitglieder haben Drummond gebeten, seine Entlassung zu überprüfen. Drummond versprach, der Angelegenheit noch einmal seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Paris bleibt hartnäckig.

Der Gegensatz zu Frankreich.

London, 27. Januar.

Auf englischer Seite besteht man darauf, daß die Tributkonferenz im Mai oder Juni kalimmentreten müsse, und daß wenigstens eine Lösung auf eine Reihe von Jahren nötig sei. Ferner halten es die Engländer für nötig, ein auf die Gesamtheit der deutschen Zahlungen ausgedehntes Moratorium zu bewilligen.

Auf französischer Seite seien dagegen weder Canal noch Flandern gewillt, auf eine Lösung einzugehen, die praktisch die Teilzahlungen ohne Rücksicht auf die Haltung Amerika in der Schuldfrage bewirke. Frankreich könne in seinen Zugeständnissen über ein einjähriges Bestehen des Hoover-Festjahres sowie über die darin enthaltenen Beschränkungen und Vorbehalte nicht hinausgehen.

Schließlich ließe die französische Politik auf dem Standpunkt, daß eine im Mai oder Juni kalimmentretende Tributkonferenz keine über ein oder zwei Jahre hinausreichenden Beschlüsse fällen dürfe.

Englande Zahlungsverfügung.

Die Bank von England hat die Absicht, den gesamten Restbetrag des im August vorigen Jahres angenommenen französisch-amerikanischen Reduktionsbetrags in Höhe von 30 Millionen Pfund Sterling (etwa 600 Millionen RM) zur Zahlungstermin am 1. Februar zurückzahlen. Die Zurückzahlung werde die erste Inanspruchnahme der Goldreserven der Bank markieren sein.

Wichtiges politisches Ereignis.

Der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag paraphiert.

Moskau, 27. Januar.

Im Konferenzsaal des Außenministeriums der Sowjetunion wurde am Montag der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag durch Außenminister Litwinow und den polnischen Gesandten Dr. Pecz paraphiert.

Die Paraphierung des polnisch-russischen Nichtangriffsvertrages ist ein Ereignis von weittragender politischer Bedeutung. Die Verhandlungen zwischen Polen und Rußland über einen Nichtangriffspakt reichen bis in das Jahr 1925 zurück. Damals schloß der damalige Außenminister Tschicherin lärmlichen an Rußland angrenzenden Staaten in Europa den Abschluß von Nichtangriffsverträgen vor. Die polnische Regierung machte jedoch die Annahme dieses Vorschlags davon abhängig, daß der Vertrag gleichzeitig mit allen Staaten unter polnischer Führung abgeschlossen werden sollte, eine Bedingung, auf die Rußland nicht einzugehen wollte. Außerdem verlangte Polen leinzeitlich eine Garantie seiner Westgrenze. Die Verhandlungen haben dann gerät und sind erst im August 1931 wieder aufgenommen worden, nachdem in Paris ein russisch-französischer Nichtangriffsvertrag zustande gekommen war. Das Inkrafttreten dieses Vertrages war jedoch von der Unterzeichnung eines polnisch-russischen Nichtangriffsvertrages abhängig gemacht. Da der polnisch-russische Vertrag wieder erst in Kraft treten soll, wenn die Verträge mit den anderen europäischen Nachbarn Rußlands, vor allem also mit Rumänien, unterzeichnet sind, wird es vielleicht nach einer Weile dauern, bis der Vertrag in Kraft tritt. Immerhin ist der polnisch-russische Nichtangriffsvertrag für die kommende Abrüstungskonferenz von besonderer Bedeutung, da Polen jetzt nicht mehr behaupten kann, daß es durch die Drängung seines russischen Nachbarn zu besonderer Rüstungsanstrengungen gezwungen wäre.

Dirdsen hat Litwinow.

Vor seiner Abreise nach Genf hat Außenminister Litwinow den deutschen Völkshofster von Dirdsen empfangen.

In der längeren Unterredung wurden die politischen Tagesfragen und die Paraphierung des russisch-polnischen Nichtangriffsvertrages berührt. Ferner wurde über die kommenden Verhandlungen der russischen Regierung auf der Abrüstungskonferenz gesprochen.

Reichshilfe für Landkreise.

Rund 582 000 Wölkshofsterverbesse.

Berlin, 27. Januar.

Der Vorstand des Preussischen Landkreistages beschloß sich erneut mit den steigenden Wölkshofstärken. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Betreuung der Wölkshofstermerkmale kein rein kommunalpolitisches Problem sei, sondern in erster Linie ein staatspolitisches Problem sei. Reich und Staat müßten ausreichende Mittel dazu zur Verfügung stellen.

Die Zahl der Wölkshofstermerkmale in den ländlichen Wölkshofstärkerverbänden des Reiches habe am 31. Dezember 1931 rund 582 000 betragen, was gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 16 Prozent bedeute. Das katastrophale Absterben der Stuernehmungen erhöhe die Schwierigkeiten ins Ungemeine.

Ferner wurde das Gutachten von Prof. Popitz über den Finanzausgleich eingehend besprochen.

Strafrechtsauschuss des Reichstages.

Kaßl gegen Aufhebung der Todesstrafe.

Berlin, 27. Januar.

Der Strafrechts-Ausschuss trat in die Beratung der Bestimmungen des Entwurfs über die Todesstrafe ein. Hierzu wird

der Ausschuss-Vorsitzende Dr. Kaßl (DBP)

darauf hin, er habe im Oktober 1928 und im Mai 1930 beantragt, die Todesstrafe durch lebenslangen Zuchthaus zu ersetzen, mit der Maßgabe, daß ein wegen Mordes zu lebenslangem Zuchthausstrafe Verurteilter im Falle einer Begnadigung in Sicherungsverwahrung zu überführen sei und seine Entlassung nach je dreißigjährigen Fristen unter ganz besonders strengen Voraussetzungen und Beschränkungen verweigert werden könne. Zweck dieses Antrages sei die Herbeiführung einer Verhinderung über die entsetzenden Strafen gewesen, um auch den Angehörigen der Todesstrafe ein denkbar sichere Bürgschaft gegen die Rückkehr von Mörderinnen in die menschliche Gesellschaft zu bieten.

Da dieser Antrag beide Male abgelehnt worden sei, habe er für die Beibehaltung der Todesstrafe gestimmt. Kaßl betonte, daß er den Antrag wegen der seitigen Lage nicht wieder beantragen werde, und zwar nicht aus juristischen Gründen, sondern aus Rücksicht auf die allgemeinen Zeitverhältnisse. Man werde heute in der Öffentlichkeit die härtesten Bedenken dagegen finden, gerade in diesem Augenblick die Todesstrafe abzuschaffen. Die Zahl der Tötungen habe zugenommen, nicht zuletzt auch im politischen Kampf, und vor allem hätten sich in letzter Zeit so schwere Mordtaten ereignet, daß 3. B. selbst Preußen sich zur Abschaffung von Todesstrafen habe entschließen müssen. Die gegenwärtige Zeit sei nicht günstig, die Abschaffung der Todesstrafe ins Auge zu fassen.

Weiterer Verkehrsrückgang.

Berlin, 27. Januar.

In einer Tagung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nahmen zum ersten Male die neuernannten Mitglieder, Staatssekretär a. D. G u r b o r t und Ministerialdirektor S o u l z e teil. Zum Präsidenten wählte der Verwaltungsrat wiederum einstimmig seinen bisherigen Präsidenten, C. F. o n S i e m e n s. Obenlo wurden einstimmig wiedergewählt zum ersten Vizepräsidenten Staatssekretär a. D. H i t t e r und zum zweiten Vizepräsidenten Oberpräsident a. D. o n B a t o l i.

Der vollständige Lebensbild über die Einnahmevermittlung im Jahre 1931 ergibt mit 3,842 Milliarden RM einen Rückgang um 15,9 v. H. gegenüber 1930 und um 28,2 v. H. gegenüber 1929. Mit dem entgeltlichen Wölkshof für 1931 ist für den April zu rechnen. Die Einnahmevermittlung im Januar 1932 zeigt einen über das erwartete Maß hinausgehenden Rückgang.

Die Feuerzelle Reichsbahnanteile 1931 hat bisher Zeichnungen von rund 245 Millionen RM ergeben. Bis zum ersten Zahlungstermin, den 5. Januar 1932, waren davon 56,5 Millionen RM (rund 24 v. H.) eingezahlt. Die auf Grund des Ergebnisses dieser Anleihe vorzulegenden Aufträge sind soweit als möglich herausgegeben worden.

Ein Lebensbild über die Auswertung der im Dezember beschlossenen Erneuerung des Güterverkehrs im veranschlagten Betrage von 300 Millionen RM läßt sich zur Zeit noch nicht gewinnen.

Die Ausgabe von verlängerten Sonntagsrückfahrkarten zu Weihnachten hat den Reiseverkehr wesentlich belebt. Trotz der wirtschaftlichen Notlage wurde in einigen Bezirken der Weihnachtsverkehr des Sozialen sogar übertrieben. Die Einnahmen mußten dabei naturgemäß trotzdem wegen der verbliebenen Preise hinter denen des Vorjahres zurückbleiben.

Die Japaner vor den Soren Charbins

Zotio, 27. Januar.

Die japanische Telegraphenagentur Shinbun Rengo meldet, daß die Armee des Generals Sijia unter Führung des Generals Gai die Rangoberge der Stadt Charbin erreicht. Die Befehung der Stadt wird jeden Augenblick erwartet.

Barenmarkt.

Mittagsbrot. (Altmärk.) Getreide und Backwaren per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark am Station: Weizen März. 232-234 (am 25. 1.: 230-232). Roggen März. 177-199 (196-198). Branntweine 158-168 (158 bis 168). Putz- und Industriegetreide 159-158 (153-158). Hafer März. 139-147 (138-140). Weizenmehl 28-31,75 (28-31,75). Roggenmehl 27,25-29,50 (27,10-29,40). Renteine 9,40-10 (9,30-10). Roggenkleie 9,40-10 (9,30-10). Weizenkleie 21-27,50 (21-27,50). Ältere Zettelerbrot 21-23,50 (21-23,50). Renteine 15-17 (15-17). Weizenkleie 16-18 (16-18). Weizenbrot 14-16 (14-16). Weizenkleie 16-19 (16-19). Weizenbrot 10-12 (10-12). Getreide 14,50-16 (14-15,50). Gerste klein neue 22-29 (22-29). Getreide 11,70-11,80 (11,70-11,80).

Berliner Schlachtmarkt.

(Altmärk.) Auftrieb: 1420 Rinder (darunter 309 Schafe), 463 Bullen, 648 Kühe und Färken, 2625 Kalber, 3150 Schafe. — Riegen, 14 813 Schweine, 721 Auslandschweine. Preise für 1 Zentner Lebendgewicht in Reichsmark:

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes categories like Schlachtvieh, Schlachttiere, and Schlachtvögel.

Ein unheimlicher Gast In einem New Yorker Hotel

erlebte die Tochter eines amerikanischen Schlachtgroßhändlers, Mrs. Corwell, eine unangenehme Vorkommnis. Als sie eben zur Ruhe gegangen war, öffnete sich die Tür des Garderoben-Schranks und ihm entstieg ein merkwürdig verummert Mann. Wie nicht anders zu erwarten, forderte der Eindringling die Barfrau und die Jüwelen der jungen Dame, wobei er ihr einen Revolver vor die Brust hielt. Die Gastwirtsbesitzerin überließ dem Mann alle ihre Habgüter und bezog, wie sie war, das für ihrem Bedauern Ausdrud, daß sie zur Zeit nicht mehr bei sich habe. Der verkleidete Mann entfernte sich diesmal durch die Türe, ebenso „höflich“ wie er gekommen war. In der Zwischenzeit wurde er von zwei Handlern gefangen in einem Gang genommen, die ihm Handgelenke anlegten, um ihn der Gerechtigkeit zu überliefern. Hinterher stellte sich heraus, daß das Zimmermädchen bereits eine Stunde vor dem Ueberfall den Räuber hatte in das Zimmer schlüpfen sehen. Um seinen Schandall im Haus zu machen, hatte sie sofort die Polizei und eigensinnig die Polizei alarmiert. Die ihrer handelten Detektive enttand. Das Mädchen hat für diese beherzte Tat eine vorzügliche Belohnung erhalten, von der sie sich um ihrem eigenen Scherz zunachst ein paar Wochen erholen kann!

Die Bürgerfeuerschraube

Aus dem Material über die Erhebung der Bürgerfeuer in Rechnungsjahr 1931 aus etwa 1000 Städten geht hervor, daß 53 Städte mindestens die 4fache Bürgerfeuer erheben. Daraus ist nach zu berücksichtigen, daß in zahlreichen Städten nachträglich Erhebungen vorgenommen wurden, die nicht beauftragt sind, und daß die Erhebung der dreifachen Bürgerfeuer in zahlreichen Gebieten nahezu die Regel ist. Unter den 53 erwähnten Städten befinden sich 8 preußische, 12 sächsische, 31 thüringische, eine anhaltische und eine mecklenburgische Städte. 300 v. H. Zuschlag zum Bestand der Bürgerfeuer (also die 4fache Bürgerfeuer) erheben 35 Städte, und zwar 6 preußische, 12 sächsische, 15 thüringische, eine anhaltische und eine mecklenburg-streitliche. Einen Zuschlag von 350 v. H. (also die 4 1/2fache Bürgerfeuer) erheben 3 thüringische Städte, einen Zuschlag von 400 v. H. (also die 5fache Bürgerfeuer) erheben eine preussische und 12 thüringische Städte, einen Zuschlag von 450 v. H. (also die 5 1/2fache Bürgerfeuer) erheben eine preussische Stadt und einen Zuschlag von 500 v. H. (also die 6fache Bürgerfeuer) erheben 2 thüringische Städte. Beachtenswert ist die Tatsache, daß es sich fast ausschließlich um Städte mit weniger als 25.000 Einwohnern, also um Kleinstädte, handelt.

In Reclams Universal-Bibliothek erschien:

Enald Banse: Hund und die Erde. Eine kleine Bändchen und Wälder, Landschafts- und Seelenkunde. Mit einer Karte. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7168. Gebietet 40 Pf., gebunden 80 Pf.

Enald Banse, einer der Begründer ökonomischer Erdbeziehung, bemerkt mit diesem Buch, daß die Geographie trotz ihrer Zweckmäßigkeit keine trockene Wissenschaft zu sein braucht. Der Verfasser führt die Bänder und Wälder in ihrer bunten Vielfalt so anschaulich vor, daß man einen Roman zu lesen glaubt, der den Leser nicht aus der Spannung löst. Die Erde zeigt in der Ewigkeit die Vielfalt ihrer Lebensformen. Die Berge und Ebenen reichen sich zu Dämmern und Hintergründen zusammen, vor denen sich das gemaltige Schauspiel des Wälders und Naturgeschehens abspielt. Und die Augen sind diesem geographischen Roman „Hund und die Erde“ mit großer Begeisterung folgen und sich dabei anmerken eine genaue Kenntnis der Bänder und Erde und ihrer Bewohner anliegen.

bei der Mäusebefämpfung außerhalb von Gebäuden und sonstigen betriebenen Beseitigung nur das Auslegen von Bakterienpräparaten, insbesondere von Mäusephosphagen, und das Vergiften der Mäuselöcher in Betracht. Das Vergiften fällt nicht unter die Bekämpfung.

Bezüglich des Auslegens von Bakterienpräparaten gelten die Bestimmungen der Bekämpfungsvorschriften zur Bekämpfung von Gelbfiebererregern durch bakterielle Mäuse- und Rattenvergiftungsmittel, die färsich in neuer Fassung veröffentlicht sind. Thalliumverbindungen und deren Zubereitungen (Schwefelverbindungen) reimen zu den Giften im Sinne der obengenannten Bekämpfung.

Bei dem Auslegen von Giften gegen Kraben ist besonders die Vorschrift des § 11 Abs. 2 zu beachten. Wo zum Schutze der Koltraben das Auslegen von Gift gegen Kraben verboten ist, verbietet es bei dieser Bekämpfung. Bei der Bekämpfung widerer Kraben und Kraben ist das Auslegen von Gift an eine besondere Genehmigung gebunden.

Neues aus aller Welt.

Nationalsozialist ermordet. In der Postanstalt in Berlin erlegte sich eine schwere Wunde. Mehrere jugendliche Jettelvertreter der NSDAP wurden von politisch Unabehaltenen plötzlich überfallen und dabei dem 16jährigen Herbert Natus aus Berlin-Bismarck vier Messerstiche beibracht. Im Krankenhaus verstarb der Schwerverletzte. Die polizeilichen Ermittlungen nach den Tätern sind sofort aufgenommen worden, es sind auch Verhaftungen erfolgt.

Unregelmäßigkeiten bei einer Kranken- und Sterbestatistik. Größere Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung sind bei der Zeller Verwaltungsgesellschaft der Kranken- und Sterbestatistik für das Deutsche Reich, genannt Zellersterbestatistik, aufgedeckt worden. Insbesondere ist festgestellt worden, daß die Zellersterbestatistik in der Buchführung rein krimineller Art ist, läßt sich nicht übersehen, da auch eine große Zahl von Ausgabebestellen gefunden wurde, die nicht ordnungsgemäß verbucht wurden. Ein Strafverfahren gegen Brand von Seiten der Berufung ist noch nicht gefolgt. Bei der genannten Kranken- und Sterbestatistik handelt es sich um ein den freien Gewerkschaften nachstehendes Institut.

Tragischer Tod eines Industriellen.

Duisburg, 26. Januar. Dem Vater der seit Jahresfrist fehlgelegten Hütte Ruhrort-Werder, Dr. Effer, der auch dem Vorstand der Vereinigten Stahlwerke angehört, drang während er eine in seinem Schreibtisch liegende Selbstbepistolung unterluchte, zwei Kugeln in die Brust. Ein Verbleib. Dr. Effer durch Blutübertragung am Leben zu erhalten, mißlang. Dr. Effer ist dann an Herzerkrankung verstorben.

Direktor Dr. Effer hatte vor einem Jahre schon einmal bei einem Autounfall eine schwere Verletzung erlitten. Damals konnte man ihm nur durch eine erfolgreiche Operation und die Einsetzung einer fibernen Schädelpfanne das Leben erhalten.

Gasolintank explodiert.

Ein Gasolintank mit 15.000 Litern Inzoll explodierte in der Nähe von Rastatt. Einso 30 Verletzte wurden dabei getötet und verunndet. Es wird angenommen, daß es sich um einen vollkommenen Inzoll handelt.

Pariser Besprechungen.

Der englische Botschafter bei Vval und Flandin. — Negatives Ergebnis.

Paris, 26. Januar. Am Montag fand im Außenministerium eine französische englische Besprechung statt, an der der Ministerpräsident und Außenminister Laal, Finanzminister Flandin, der englische Botschafter Lord Zarell und der Erste Botschaftssekretär teilnahmen. Die Unterredung, die fast zwei Stunden dauerte, geht in erster Linie dem Verhältnis, eine gemeinsame Haltung in der Tribut- und Schuldenfrage vorzubereiten. Obwohl eine amtliche Verlautbarung nicht ausgegeben wurde, glaubt man in unterirdischen Kreisen zu wissen, daß eine bedeutende Annäherung (?) in den wesentlichen Punkten erzielt worden ist. Der englische Botschafter hat seine Regierung sofort Bericht erstattet. Es ist färsich die Möglichkeit errogen worden, die Casanvier Konferenz im Februar oder Juni abzuhalten.

Mit der angeleglichen Annäherung, von der in der Pariser Meldung die Rede ist, scheint es nicht weit her zu sein. In diplomatischen Kreisen Londons werden die Pariser Tributverhandlungen durchaus pessimistisch beurteilt. Die Hoffnung, daß am Montag die Entschcheidung über das Zusammenfallen Laal-Machdals fallen würde, hat sich nicht erfüllt. Die pessimistische Stimmung ist das Ergebnis der einseitigen negativ verlaufenen Unterredung zwischen Laal und dem englischen Botschafter in Paris.

Anschlag auf das Stillhalteabkommen.

Frankreich verlängert nicht den Reichsdankredit. Paris, 26. Januar. Der Aufsichtsrat der Bank von Frankreich tritt am Donnerstag zusammen, um endgültige Beschlüsse über die Frage der Verlängerung des französischen Anteils an dem 100-Millionen-Dollar-Kredit für die Reichsbank zu fassen. Einige Blätter spielen mit der Drohung, daß die Bank von Frankreich ihren Kreditanteil nicht verlängern werde, wodurch das Stillhalteabkommen hinfällig werden würde.

Börse und Handel.

Berlin, den 26. Januar 1932. Produktmarkt. Der heute in Berlin abgehaltene 3. Allgemeine Deutsche Saatenmarkt zog einen guten Teil Interessenten ab. Es blieb demnach im allgemeinen auch bei recht geringen Umsätzen. Weizen wurde nach der lange bürgerführten Jurisdikation der Wälder wieder von einzelnen Stellen gefordert und zum Teil höher bezahlt. Roggen, der ebenfalls langsam offeriert war, zog um eine Mark an, desgleichen Hafer. Gerste ruhig und ohne Anregung.

Dollar: 4,209 (Gold), 4,217 (Brief), engl. Pfund: 14,53 14,57, holl. Gulden: 169,48 169,82, Belg. Franken: 58,69 58,81, ital. Lire: 21,08 21,12, dän. Krone: 30,09 30,15, norw. Krone: 75,92 76,18, schw. Kronen: 16,56 16,60, holländ. Kronen: 12,485 12,485, franz. Franc: 82,10 82,26, span. Pesa: 33,36 35,44, schwed. Kronen: 31,12 31,28, österr. Schilling: 49,55 50,05.

Magdeburg. In dem Schlafzimmer einer am Alten Fischer gelegenen Wohnung brach durch die Unvorsichtigkeit eines mit Streichhölzern spielenden vierjährigen Knaben in Abwesenheit der Eltern Feuer aus. Das Kind wurde von Hausbesuchern aus höchster Lebensgefahr gerettet. Die Feuerwehre löschte den Brand in kurzer Zeit.

Magdeburg. In Magdeburg, der Gründungstadt und dem Sitz des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, fand ein großes Hallenprogramm des Arbeiterparteiartells und der Schupoformationen des Reichsbanners statt, das als Auftakt zu den großen Kundgebungen der Eltern Front im Februar gebadt war. An die 6000 Teilnehmer waren erschienen. Auch die Landesregierung und die Stadt Magdeburg, deren Vortragsmeister Reiter erschienen war, ließen sich bei der Veranstaltung vertreten. Der Vorsitzende des RDGB, Bezirk Magdeburg, Kauter, begrüßte die Sportler und die Schupo als zwei große Säulen der Eltern Front. Der Zusammenbruch der Reaktionskräfte in Harzburg habe die Notwendigkeit ergeben, sich enger zum Wohle der Republik und der Demokratie zusammenzuschließen. Wenn auch die bürgerlichen Blätter über die „blechene“ Front gehöhnt hätten, so seien in ihr doch bis zehn Millionen Menschen zusammengekommen. Das Motto der Eltern Front lautet: „Nicht hinter, sondern die Eltern Front, die deutsche Arbeiterfront, nicht liegen.“ Es gefalle die Demokratie aufzubauen. Dazu gehören eine zuverlässige republikanische Wehrmacht und Schulen, in denen lokale Staatsbürger erzogen würden. Die Eltern Front kämpfe innenpolitisch für die wirtschaftliche Gleichberechtigung des Arbeiters, außenpolitisch wolle sie eine völkerverbindende Politik.

Wanzen. Nahe der am Rhine gelegenen Walderei ist ein Wälder ein einjähriges Kind und verlor es ererblich am Kopf. Ein Hund packte den Wälder. Das gefangene Tier hat eine Flüssigkeit von über 125 Zentimeter.

Salzwedel. Der Kaufmann Schmidt aus Salzwedel, der sich mit einem Auto auf der Rückfahrt von einer Reise nach Westfalen befand, verlor sich im Nebel und in der Nähe von Wäldern in die G. Da ihm sofort Rettungsversuche von einem Motorboot unternommen wurden, konnte Schmidt doch nur als Leiche geborgen werden.

Schentenhorff (Kr. Gardelegen). Bei einem Feuer wurden das Wohnhaus und der Stall des Arbeiters Riemann ein Raub der Flammen. Die Wälder konnten gerettet werden. 100 Zentner Stroh, die im Stalle waren, sind mitverbrannt, auch einige Hühner und Schöner. Es wird angenommen, daß der Brand durch einen elektrischen Kurzschluss der Fahrtrahnen der Wälder in Zusammenhang zu bringen ist.

Langenweddingen (Kr. Wanzleben). Auf der Chaussee nach Wäldern geriet ein Auto beim Verlassen des Staues ins Schleudern und überschlug sich zweimal. Der Besondere Karl Kneber, der am Steuer lag, erlitt einen Schädelbasisbruch, der Fahrtrahnen der Wälder eine Gehirnverletzung. Beide fanden Aufnahme im Sudenburger Krankenhaus.

Buch (Altmärk). In einer Kiefernplantation in der Nähe der Straße Tangermünde-Langerhütte wurden Kiefern in großer Zahl durch die Schlingen der Wälder getötet. Die Sachen sind nach zu erhalten und können erst kurze Zeit fort gegeben haben. Handstrichmalpötel und Landläufer unterliegen, der Kiefernfrucht etwa mit dem Verfall eines Wälders in Zusammenhang zu bringen ist.

Hauptversammlung des Sängerbundes an der Saale.

Salle. Der Sängerbund an der Saale hielt in Halle seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die unter der Leitung des Bundespräsidenten Oberbürgermeister Dr. Weder fand. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, gehören dem Bund 270 Vereine mit etwa 7000 aktiven Sängern aus 22 Gauen an. Um einstimmigen Beschluß der Hauptversammlung sollen die Wälder in der Sängerbund an der Saale aufgenommen werden. Der Erster der Wälder Sängervereinigung soll ebenfalls und dafür ein Mittelungsblatt herausgegeben werden. Nach einstimmiger Wiederwahl der turnusmäßig auscheidenden Vorstandsmitglieder wurde als Tagungsort für die nächste Hauptversammlung wieder Halle gewählt.

Die Not im Kreis Schmalfelden.

Sterbende Industrien. — Enorme Arbeitslosigkeit. — Erschöpfte Steuerquellen.

Schmalfelden. Die Wirtschaft im Kreis Schmalfelden vergrößert sich von Tag zu Tag. In manchen Dörfern des Kreises sind bis zu 23 Prozent aller Einwohner erwerbslos. Die Hauptursache für die Schwierigkeiten sind die zahlreichen Zollerhöhen des Auslandes und die Konkurrenz ausländischer Waalen, von denen die größten exportierenden kleinen Eisen- und Stahlindustrien schwer betroffen werden. Man bemerkt, daß die nationale Wirtschaft überhaupt wieder in Gang kommen wird. Auch die Kündigung des Handelsvertrages mit der Schweiz und die zu befürgende Kontingenterung der deutschen Ausfuhr nach dort werden eine weitere Umwälzerung zur Folge haben.

In Industriefreien macht man sich dabei wieder mit dem Gedanken meiter Entlassungen vertaucht. Aber schon jetzt sind besonders die großen Dörfer des Kreises infolge der außerordentlichen Arbeitslosigkeit nicht in der Lage, ihre Kreisrenten abzuführen, so daß der Kreis bereits die geplanten Wälderarbeiten übernehmen hat.

Auch die stark verteilte Tabakindustrie arbeitet, soweit überhaupt noch, wesentlich eingeschränkt. Besonders in der Rottendorfer Bezirk ist eine große Zahl von Tabakarbeitern erwerbslos. Zwei Tabakfirmen sind von dort abgemandert.

Der Giftnebel gegen die Färschädlinge.

Eine neue Polizeiverordnung.

Eine Polizeiverordnung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten regelt das Auslegen von Gift in Feldern und Gärten außerhalb von Gebäuden und sonstigen betriebenen Beseitigung. Hierunter ist jedes Mittel zu verstehen, das nach Art seiner Anlage geeignet ist, durch seine räumliche Umföbung Personen, Tieren oder Sachen Schädigungen zu verursachen. Auch Wälder und Wälder sind durch den Auslegen von Gift zu gefährden. Auch Wälder und Wälder sind durch den Auslegen von Gift zu gefährden. Auch Wälder und Wälder sind durch den Auslegen von Gift zu gefährden.

Bezüglich des Vergiftens von Mäusen und Ratten verbietet es im allgemeinen bei den bisher üblichen Vergiftungsverfahren und Vergiftungsarten. Außer dem in der Verordnung zugelassenen Auslegen von Giftgeräten kommen

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restammet 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Altem.

№ 12

Donnerstag, den 28. Januar 1932.

45. Jahrgang

Deutschland hat abgerufen!

Ein Interview Croeners in der „Bolonie“.

Paris, 26. Januar

Reichsminister Croener gewährte dem Berliner Vertreter der „Bolonie“ eine Audienz über die Frage der Abrüstung und über die deutsche Innenpolitik. Croener betonte erneut, daß Deutschland die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages erfüllt habe. Croener erwähnte dann darauf, daß die nächsten Nachbarn Deutschlands in der Lage seien sofort 10 Millionen Mann zu mobilisieren. Deutschland könne diesen 10 Millionen nur 100 000 Mann für das Landwehr und 15 000 Mann für die Marine im Kriegsfalle entgegenstellen, da der jüngste Soldat des Weltkrieges bereits 30 Jahre alt sei und daher keine militärische Ausbildung mehr erhalten habe.

Herbstall Tod habe im Januar 1927 bekräftigt, daß die Abrüstung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist. Zu den französischen Behauptungen über deutsche Geheimtätigkeiten in der französischen Abrüstungsdeklaration ist ausdrücklich festgestellt, daß ein Vergleich zwischen den Heereshaushalten der Staaten unmöglich sei. Diese Teile treffen ganz besonders für Frankreich und Deutschland zu, da erlernt die Militärdienstpflicht, Deutschland aber ein Berufsdienst habe. Man habe festgestellt, daß 24 000 französische Rekruten ebenfalls folgten, wie 5100 englische Rekruten, da letztere als Berufssoldaten eine bedeutend höhere Belohnung erhielten. Das gleiche gelte für Deutschland. Der deutsche Heereshaushalt sei seit 1928 jährlich herabgesetzt worden, während der französische sich seitdem dauernd erhöht habe. Unter diesen Umständen könne wohl kaum ein verständliches Mißtrauen noch von Geheimtätigkeiten sprechen.

Die Verurteilung des Senators Gehrard seien deshalb zum Mißerfolg verurteilt. Zu den Ausführungen General Bourgeois' unterließ Croener, daß es in Frankreich heute mehr Disziplin und Unterordnung gebe, als die Reichswehr in England überhaupt Mannschaften und Offiziere habe.

Die deutsche Jugend werde im deutschen Geiste und in dem der Völkerverständigung erzogen. Geachtet, die Bewegung zu verhindern, seien die Menschen, mit denen man in den letzten Jahren Deutschland daran gebunden habe, sich die freie und unabhängige Existenz zu sichern.

Der Stabilität und die gute Haltung seien keine militärischen Verbände und verfügten über keinerlei Waffen. Heute sei noch nicht zu übersehen, ob die nationalsozialistischen Führer jemals in der Lage sein würden, allein die Führung der Regierung zu übernehmen. Die Staaten, die Deutschland als zentralistische Nation behandelten, trübten mehr denn je zum Nationalsozialismus in Deutschland.

Tagung des Völkerbundesrates eröffnet.

Genf, 26. Januar

Die Tagung des Völkerbundesrates wurde am Montag unter dem Vorsitz Paul Boncour's mit einer geheimen Sitzung eröffnet. Sie begann mit einem Vortrag des chinesischen Vertreters Wen, der verlangte, daß im Hinblick auf die Besetzung Schanghai's durch japanische Truppen der Völkerbundrat unverzüglich das Verfahren über den japanisch-chinesischen Streitfall von neuem eröffnen. Der japanische Vertreter erklärte, daß nicht in der Lage zu sein, zu den einzelnen Punkten der japanischen Beschwerde Stellung nehmen zu können. Der Völkerbundrat beschloß — entgegen den bereits getroffenen Anordnungen — am Nachmittag eine Sitzung ausschließlich zur Behandlung des japanisch-chinesischen Konfliktes einzuberufen.

Der polnische Außenminister Jaksik beantragte sodann, die auf Antrag der deutschen Regierung auf der Tagesordnung stehende Agrarbeschwerde der deutschen Minderheit in Polen auf die Mitteilung des Rates zu verweisen. Der deutsche Vertreter von Weizsäcker widersetzte sich dem mit allem Nachdruck.

Es wurde beschlossen, daß der Berichterstatter für die Minderheitenfrage, der japanische Volschärer Sato, mit den beteiligten Anordnungen persönliche Fühlung über die Beschwerde aufnehmen solle.

In einer streng geheimen Sitzung hat der Völkerbundsrat sodann von dem Schreiben des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, an den amtierenden Reichspräsidenten Kenntnis genommen, in dem Drummond seine Rücktritt zu Ende dieses Jahres erklärt. Das Schreiben ist sodann Gegenstand eingehender Beratungen des Völkerbundsrates gewesen.

Eine Saar-Abordnung unter Führung des Kommerzienrates Köhling ist eingetroffen, um mit den Mitgliedern des Völkerbundsrates über die auf der gegenwärtigen Tagung zu treffende Ernennung des Präsidenten und des Aufsichtsrates der Saarregierung zu verhandeln. Es wird erwartet, daß zum Präsidenten der Saarregierung ein Engländer ernannt wird.

Beginn der französischen Offensive.

Genf, 27. Januar

Schon in den ersten vertraulichen Fühlungen zwischen den einzelnen Anordnungen über den Arbeitsplan der Abrüstungskonferenz haben sich große Gegensätze politischen Charakters gezeigt. In französischen Kreisen will man den politischen Ausschluß der Konferenz oder einen Sonderauschluß beauftragen, alle bisherigen Vorschläge zur Sicher-

heitsfrage zu prüfen und möglichst auf der Grundlage des abgeschlossenen Genfer Protokolls von 1921 ein neues allgemeines Sicherheitsprogramm auszuarbeiten. Dessen Annahme französischerseits als Voraussetzung jeder Herabsetzung der Rüstungen erklärt werden wird.

Die Hauptsprache der Konferenz soll nach französischen Plänen bis nach den deutschen und französischen Parlamentswahlen ausgedehnt werden.

Man rechnet für Ende März mit einer einmaligen Unterbrechung der Konferenz. Nach der Route sollen inham die Arbeiten der drei großen Ausschüsse für die Land-, See- und Luftkräften beginnen. Diese französischen Pläne werden auf deutscher, englischer und italienischer Seite abgelehnt.

Drummonds Rücktrittsgesuch abgelehnt.

Der Völkerbundsrat hat in seiner vertraulichen Sitzung das Rücktrittsgesuch des Generalsekretärs Sir Eric Drummond nicht angenommen.

Sämtliche Ratsmitglieder haben Drummond gebeten, seine Entscheidung zu überprüfen. Drummond verspricht, der Angelegenheit noch einmal seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Paris bleibt hartnäckig.

Der Gegenlag zu Frankreich.

London, 27. Januar.

Auf englischer Seite besteht man darauf, daß die Tributkonferenz im Mai oder Juni zummentreten mußte, und daß möglichst eine Lösung auf eine Reihe von Jahren nötig sei. Ferner halten es die Engländer für nötig, ein auf die Gesamtheit der deutschen Zahlungen ausgedehntes Moratorium zu bewilligen.

Auf französischer Seite seien dagegen weder Davaal noch Standia gerufen, auf eine Lösung einzugehen, die praktisch die Zahlungen ohne Rücksicht auf die Zahlungsmittel in der Schweiz durch den Vertrag zu ermöglichen. Frankreich könne in seinen Zahlungsbedingungen über eine einjährige Verlängerung des Hoover-Festjahres sowie über die darin enthaltenen Beschränkungen und Vorbehalte nicht hinausgehen.

Schließlich ließe die französische Politik auf dem Standpunkt, daß eine im Mai oder Juni zummentretende Tributkonferenz keine über ein oder zwei Jahre hinausreichenden Beschlüsse fassen dürfe.

Englands Zahlungsfähigkeit.

Die Bank von England hat die Wichtigkeit, den gesamten Restbetrag des im August vorigen Jahres ausgenommenen französisch-amerikanischen Reduktionsschatzes in Höhe von 30 Millionen Pfund Sterling (etwa 600 Millionen RM) zum Fälligkeitstermin am 2. Februar zurückzusuchen. Die Zurückzahlung werde ohne jede weitere Hauptpragmatik der Goldreserven der Bank möglich sein.

Wichtiges politisches Ereignis.

Der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag paraphiert.

Moskau, 27. Januar.

Im Konferenzsaal des Außenministeriums der Sowjetunion wurde am Montag der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag durch Außenminister Litwinow und den polnischen Gesandten Dr. Bales paraphiert.

Die Paraphierung des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes ist ein Ereignis von weittragender politischer Bedeutung. Die Verhandlungen zwischen Polen und Rußland über einen Nichtangriffspakt reichen bis in das Jahr 1925 zurück. Damals schlug der damalige Außenminister Tschichowin sämtlichen am Rußland angrenzenden Staaten in Europa den Abschluß von Nichtangriffsverträgen vor. Die polnische Regierung machte jedoch die Annahme dieses Vorschlages davon abhängig, daß der Vertrag gleichzeitig mit allen Staaten unter polnischer Führung abgeschlossen werden sollte, eine Bedingung, auf die Rußland nicht einzugehen. Außerdem verlangte Polen fernerzeit eine Garantie eines Weltfriedens. Die Verhandlungen haben dann geruht und sind erst im August 1931 wiederaufgenommen worden, nachdem in Paris ein russisch-französischer Nichtangriffsvertrag zustande gekommen war. Das Inkrafttreten dieses Vertrages war jedoch von der Unterzeichnung eines polnisch-russischen Nichtangriffsvertrages abhängig gemacht. Da der polnisch-russische Vertrag wieder erst in Kraft treten sollte, wenn die Verträge mit den anderen europäischen Nachbarn Rußlands, vor allem mit Rumänien, unterzeichnet sind, wird es vielleicht noch eine Weile dauern, bis der Vertrag in Kraft tritt. Immerhin ist der polnisch-russische Nichtangriffsvertrag für die kommende Abrüstungskonferenz von besonderer Bedeutung, da Rußland jetzt nicht mehr behaupten kann, daß es durch die Unterzeichnung eines russischen Nachbarn zu besonderem Mißtrauen gezwungen wäre.

Direken bei Litwinow.

Vor seiner Abreise nach Genf hat Außenminister Litwinow den deutschen Volschärer von Direken empfangen.

In der längeren Unterredung wurden die politischen Tagesfragen und die Paraphierung des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes berührt. Ferner wurde über die kommenden Aufgaben der russischen Regierung auf der Abrüstungskonferenz gesprochen.

Reichshilfe für Landkreise.

Rund 582 000 Wohlfahrtserechtslose.

Berlin, 27. Januar.

Der Vorstand des Preussischen Landkreistages beschloß sich erneut mit den steigenden Wohlfahrtskosten. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Betreuung der Wohlfahrtserechtslosen kein rein kommunalpolitisches, sondern in erster Linie ein staatspolitisches Problem sei. Reich und Staat müßten ausreichende Mittel dazu zur Verfügung stellen.

Die Zahl der Wohlfahrtserechtslosen in den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden des Reiches habe am 31. Dezember 1931 rund 582 000 betragen, was gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 18 Prozent bedeute. Das katastrophale Mißlingen der Steuereinnahmen erhöhe die Schwierigkeiten ins Ungemeine.

Ferner wurde das Gutachten von Prof. Rospil über den Finanzausgleich eingehend besprochen.

Strafrechtsauschuß des Reichstages.

Koch gegen Aufhebung der Todesstrafe.

Berlin, 27. Januar

Der Strafrechts-Ausschuß trat in die Beratung der Bestimmungen des Entwurfs über die Todesstrafe ein. Hierzu wies

der Ausschuß-Vorsitzende Dr. Koch (DVP)

darauf hin, er habe im Oktober 1928 und im Mai 1930 beantragt, die Todesstrafe durch lebenslanges Zuchthaus zu ersetzen, mit der Maßgabe, daß ein wegen Mordes zu lebenslangem Zuchthausstrafe Verurteilter im Falle einer Begnadigung in Sicherungserziehung zu überführen sei und seine Entlassung nach je dreijährigen Fristen unter ganz besonders strengen Voraussetzungen und Beschränkungen verweigert werden könne. Jetzt dieses Antrages ließe die Verhinderung einer Verurteilung über die entscheidenden Fragen gestellt, um auch den Anhängern der Todesstrafe ein denkbar nichtes Bürgerrecht gegen die Rückkehr von Mördern in die menschliche Gesellschaft zu bieten.

Da dieser Antrag keine Male abgelehnt worden sei, habe er für die Debatte der Todesstrafe gestimmt. Koch sei nicht bereit, dem Antrage zuzustimmen, und zwar nicht aus juristischen Gründen, sondern aus Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse. Man werde heute in der Öffentlichkeit die härtesten Taten dagegen finden, gerade in diesem Augenblicke die Todesstrafe abzuschaffen. Die Zahl der Tötungen habe zugenommen, nicht zuletzt auch im politischen Kampf, und vor allem hätten sich in letzter Zeit in erheblicher Zahl Straftaten ereignet, daß 3. B. blos Präsenzen bei der Vollstreckung von Todesstrafen habe entfallen müssen. Die gegenwärtige Zeit sei nicht geeignet, die Abschaffung der Todesstrafe ins

gung.

in, 27. Januar.

sbahn-Gesellschaft unter Mitgliedern, Ministerialrat der Verwaltungspräsidenten, militärisch widerstandsfähig, an D. in Oberpräsident

Einnahmeentwürfen werden RM einen um 28,2 v. H. wichtig für 1931 einweitend im ste Maß hinaus

hat bisherige Forderungen. Bis zum 22. waren davon bezahlt. Die aufgegebenen Aufnahmen werden

im Dezember als im veranschlagt sich zur

Die Ausgabe von verlängerten Sonntagsruffahrkarten zu Weihnachten hat den Reiseverkehr weitlich belebt. Trotz der wirtschaftlichen Notlage wurde in einigen Bezirken der Weihnachtsverkehr des Vorjahres sogar übertraffen. Die Einnahmen mußten dabei naturgemäß trotzdem wegen der verbilligten Preise hinter denen des Vorjahres zurückbleiben.

Die Japaner vor den Toren Charbins

Tokio, 27. Januar.

Wie die japanische Telegraphenagentur Sishinbu Rengo meldet, hat die Armee des Generals Sijio unter Führung des Generals Gu die Randgebiete der Stadt Charbin erreicht. Die Besetzung der Stadt wird jeden Augenblick erwartet.

